

10. Mai 2003

Sozialdemokratisch-grüner Angriff auf erkämpfte Rechte von Beschäftigten, Erwerbslosen, Alten und Kranken!

Höchste Zeit für Gegenwehr! Nein zur „Agenda 2010“! Stoppt Schröder!

Liebe gewerkschaftlich, sozial und politisch Engagierte – liebe noch Zaudernde!

Im Windschatten des US-Krieges, an dem sich die Bundesregierung zwar offiziell nicht beteiligt, aber die Invasionstruppen durch die Gewährung von Überflugrechten, durch AWACS-Einsätze und durch viele weitere Maßnahmen strategisch unterstützt hat, startet die sozialdemokratisch-grüne Koalition einen Generalangriff auf erkämpfte Rechte von Beschäftigten und Erwerbslosen:

- Zum 1. Januar 2004 plant die Bundesregierung die **Zerschlagung der Arbeitslosenhilfe**. Danach soll es **nur noch Arbeitslosengeld II in Höhe der heutigen Sozialhilfe geben**. Rund 1,13 Millionen Haushalte, die derzeit Arbeitslosenhilfe beziehen, müssen durch die Absenkung der Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau zum Teil erhebliche Einkommensverluste hinnehmen. Aus einer bisher an der Arbeitslosenversicherung orientierten Leistung würde dann eine Fürsorgeleistung.
Bereits in diesem Jahr werden ein knappes Drittel bzw. 470.000 Haushalte, die derzeit Arbeitslosenhilfe beziehen, beim Neuantrag für die Weiterbewilligung der Arbeitslosenhilfe aufgrund verschärfter Anrechnungen von Partnereinkommen und Vermögen ganz aus dem Leistungsbezug rausfallen. Und schon kommt die nächste Katze aus dem Sack: **Das erbärmliche Sozialhilfeniveau soll noch weiter gedrückt werden.**
- **Gravierende Kürzung des Arbeitslosengeldes: Statt 32 Monate Anspruch auf Arbeitslosengeld ab 55 Jahren nur noch 18 Monate, für alle Jüngeren maximal noch 12 Monate. Gleichheit poor!**
- **Massive Ausweitung der Leiharbeit:** Sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze werden verstärkt durch „prekäre“, d. h. ungeschützte Zeitarbeitsplätze mit Billiglohnung ersetzt - ein prima Mittel um betriebliche und gewerkschaftliche Gegenwehr zu untergraben.
- **Weitere Privatisierung sozialer Risiken:** Nach der Abschaffung der paritätischen Beitragszahlung in die Rentenkasse droht nun die **Privatisierung des Krankheitsrisikos**. Das Kapital wird entlastet und die Beschäftigten sollen sich selbst versichern. Aktuell geht es weiter mit der **Streichung u.a. des Krankengeldes und verschärfter Gebührenzahlung**.
- **Aufweichung des Kündigungsschutzes und neue „Zumutbarkeiten“ für Erwerbslose.** Die Liste ließe sich noch lange fortsetzen.

Solche „Reformen“ bekämpfen nicht die Arbeitslosigkeit, sondern die Beschäftigten und Erwerbslosen. Und sie erfüllen – schon nach knapp einem Jahr - den Forderungskatalogs von BDI-Präsident Rogowski, den er vor der Wahl präsentiert hat: Es handelt sich um ein gigantisches Spar- und Umverteilungsprogramm zu-

gunsten des Kapitals. Ziel ist die Ausweitung eines entrechteten Niedriglohnssektors. Die versprochenen Arbeitsplätze wird es nicht schaffen. **Am Ende steht der Zwang, jede Arbeit zu jeder Bedingung anzunehmen.**

Was diese rot-grüne Regierung an Sozialabbau plant, daran hat kein Kohl sich je gewagt!

Und natürlich ist die Behauptung, es sei kein Geld da, eine glatte Lüge! Im nach wie vor sehr reichen Deutschland hat Rot-Grün beschlossen, auf die Steuerzahlung der Reichen großzügig zu verzichten: **jährlicher Verlust an öffentlichen Mitteln laut seriösen Schätzungen: ca. 75 Mrd. Euro!**

Wie „UN-Resolution 1441“ und „Agenda 2010“ zusammengehen

Nicht nur der Kabarettist Harald Schmidt ist schon diesem Zusammenhang („Schröder will Arbeitslose jagen wie die USA Saddam jagen“) nachgegangen. Schröder selbst hat auf der Hannover-Messe aus seiner Sicht eine bemerkenswerte Beziehung hergestellt: Gerade vor dem Hintergrund des Irak-Krieges sei eine „rasche Umsetzung der mit der „Agenda 2010“ angekündigten Schritte für den Umbau der Sozialsysteme unerlässlich“. Die Bundesregierung bekenne sich „mit Nachdruck zu dem Ziel, den Alten Kontinent bis zum Jahr 2010 zum Wirtschaftsraum mit der höchsten Wettbewerbsfähigkeit und Dynamik in der Welt zu entwickeln“.

127 Milliarden Euro deutscher Handelsüberschuss wie 2002 sind offenbar nicht genug. Damit der Handelskrieg auch in Zukunft gewonnen wird, muss an der Heimatfront der Kampf gegen die abhängig Beschäftigten und ihre bisherigen sozialen Absicherungen verschärft werden. Auf dass Löhne und „Lohnnebenkosten“ weiter sinken und deutsche Unternehmer noch leichter siegen können auf den internationalen Märkten.

Während viele betriebliche und gewerkschaftlichen Gruppen sowie soziale Initiativen protestieren, beteiligten sich die Gewerkschaftsspitzen im Sinne des Co-Managements bis vor kurzem noch an der Erarbeitung der Hartz-Pläne. Um so erfreulicher ist jetzt der Widerstand des DGB, insbesondere von Ver.di und IGM. Ob sie jetzt endlich ihr politisches Mandat offensiv wahrnehmen oder ob am Ende doch wieder Rücksichtnahme auf Rot-Grün befürchtet werden muss, (indem irgendeiner der geplanten Einschnitte abgemildert und das Ergebnis dann als grandioser „Erfolg“ verkauft wird) bleibt abzuwarten.

Wir meinen: Keine Kompromisse und keine Zugeständnisse gegenüber den Schröder-Clement-Plänen! Die ganze Richtung passt uns nicht, genau so wenig wie die gleichlautende schwarz-gelbe Stimmungsmache. Ganz zu schweigen von der Hetze der Unternehmerverbände.

In dieser Situation müssen wir zu einem breiten Bündnis aller betrieblich, gewerkschaftlich, sozial-, und außerparlamentarisch Widerspenstigen kommen. **Einer für alle – alle für eine! Für gemeinsame, phantasievolle Aktionen! Wir haben den Traum von „anders arbeiten“ noch lange nicht aufgegeben! Eine bessere Welt ist möglich! Kurzfristig ist zu fordern:**

* **Weg mit der „Agenda 2010“!**

- **Erhalt der Arbeitslosenhilfe!**
- **Beibehaltung der paritätischen Sozialversicherung!**
- **Sozialversicherungspflichtige, existenzsichernde, Jobs!**
- **Eine wirklich existenzsichernde soziale Grundsicherung für jedEn!**
- **Die 30-Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich!**
- **Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von „oben nach unten!“**

Auf zu den Protest-Demonstrationen: am 17. 5. in Berlin und zur regionalen DGB-Demo am 24. 5. in Bochum!

Weitere Aktionen müssen folgen!

Nähere Informationen auch bei den Erwerbslosen-Inis (www.erwerbslos.de) sowie bei ver.di.de Infos über weitere regionale Aktivitäten auch bei www.labournet.de und bei www.bo-alternativ.de!

Die Ruhrgebiets-AG trifft sich jeden ersten Montag im Monat (2. Juni, 7. Juli, ...) 18 Uhr im Bahnhof Langendreer, Wallbaumweg 108, 44894 Bochum, Tel 0234-26622